

Berlin ist nicht immun gegen Terror!



Frank Henkel, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Der 11. September 2001 hat das Antlitz unserer Welt radikal verändert. Die schrecklichen Bilder der Terroranschläge, die in den Vereinigten Staaten über 2700 Menschenleben forderten, haben sich bis heute

tief in unser kollektives Gedächtnis eingegraben. Nach dem Ende des Kalten Krieges hofften die demokratischen Völker auf eine Friedensdividende; stattdessen sehen wir uns nun mit einer allgegenwärtigen Bedrohung durch international operierende Terrornetzwerke konfrontiert. Auch das blutige Geiseldrama in Beslan vor wenigen Wochen demonstriert auf schreckliche Weise, dass die Terroristen unsere demokratischen Werte zutiefst verachten. Niemand darf so naiv sein und glauben, dass diese Art von Terror vor den Toren Berlins haltmacht. Nach Angaben von Verfassungs- und Staatsschutzbehörden leben über 4000 als extremistisch eingestufte Muslime in der



Ja zum Widerstand? Internetseite zum geplanten Islamisten-Kongress in Berlin

Stadt, und noch immer stehen etwa 500 Objekte in Berlin unter Sonderbewachung. Selbst Innensenator Körting gibt mittlerweile zu, dass Anschläge in der Hauptstadt nicht generell ausgeschlos-

sen werden könnten. Seine Politik spricht jedoch eine andere Sprache. Anhaltende Mittelkürzungen erschweren die ordnungsgemäße Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben ebenso wie der

fortgesetzte Abbau im Polizeivollzug. Die Videoüberwachung gefährdeter öffentlicher Plätze wird nicht einmal in Erwägung gezogen. Kurzum: Drei Jahre nach den Anschlägen droht Berlin – seit Amtsantritt von Rot-Rot – einmal mehr in einen sicherheitspolitischen Dämmerzustand zu verfallen. Im Gegenzug entdecken radikale Islamisten die Hauptstadt als neues Betätigungsfeld. Die für Oktober angesetzte Konferenz radikaler Islamisten in Berlin und die Umzugsabsichten hochrangiger Terroristenführer können von der Politik nicht tatenlos hingenommen werden. Die Zeit drängt. Deshalb, Herr Innensenator: Nicht schwätzen, sondern handeln!

OECD - BILDUNGSSTUDIE NACH PISA

Deutschland auch statistisch hinten

Nach der PISA-Studie, die den Deutschen bekanntlich nur ein mäßiges Zeugnis in Sachen Bildungsqualität ausstellte, folgt nun ein ebenso unerfreuliches Urteil durch die aktuell veröffentlichte OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“.

Die Studie beschäftigt sich mit statistischen Angaben über Unterrichtsstunden, Klassenstärken, Bildungsabschlüssen oder Ausgaben für Kitas, Schulen und Hochschulen. Der Deutsche Durchschnitt liegt abermals im unteren Drittel aller Industrienationen. So

weit, so schlecht. Bei Lichte betrachtet müsste die Studie allerdings eher „Bildung auf den ersten Blick“ heißen, denn weder lässt sich der Zusammenhang zur PISA-Qualitätsstudie erklären, noch ist der gesamtdeutsche Durchschnitt sonderlich aussagekräftig. Die USA oder Luxemburg liegen zwar

Bundesdurchschnitt und im internationalen Vergleich im Vorderfeld zu finden wären. Wenn, ja wenn sie nicht durch SPD-regierte Bundesländer im Durchschnitt nach unten gezogen würden. Genau an

auswertet, ist das nach wie vor einmalige duale Berufsausbildungssystem in Deutschland. Der Durchschnittswert für Abitur plus Hochschulabschluss liegt international bei 68 %. Abi plus Berufsabschluss erreichen in Deutschland immerhin 83%. Darauf lässt sich aufbauen. Berlin muss allerdings sowohl nach PISA, als auch nach OECD wesentlich besser werden. Beide Studien waren vernichtende Urteile für die linke Bildungspolitik in unserer Stadt. Nur 16,2 Prozent der Hauptschulen mit Internetzugang. Das ist nicht akzeptabel. Ebenso die Anzahl der Grundschul-Unterrichtsstunden, die frühzeitig über den späteren schulischen



Auf ein Wort: Bür|ger|ver|si|che|rung, die

Noch kennt der Duden das Wort nicht. Die gelbe Wortsammlung begrenzt aber den Wortschatz nicht, sondern sammelt ihn in erster Linie. Womit also dieses, wie andere „Polit-Wörter“, etwa Riester-Rente oder Ich-AG, gute Chancen hat unseren Lebensweg dauerhaft zu begleiten. Gerhard Schröder ist für seine schöne neue Wörterwelt bekannt. Trotzdem musste er neulich erst seine Schöpfung „Hartz IV“ sprachlich zu Grabe tragen. Jetzt setzt die SPD auf die „Bürgerversicherung“. Ein Wort, das so angenehm leer

nach „Neuer Mitte“ klingt. Essoll zum Wahlkampfschlagere 2006 werden. Nur Details, so ein SPD-Beschluss, werden erst nach der Wahl folgen! Selbst der ehemalige Schröder-Sachverständige Rührupp ist dagegen. Doch es hilft nichts. Klang „Hartz IV“ noch nach Vergeltungswaffe à la „V 2“, so haben Müntefering und Schröder die „Bürgerversicherung“ zum Siegesbanner für 2006 erklärt. Unstet und federleicht wird es ihnen voranflattern. Nur folgen, sollten die im Dunkeln gelassenen und verunsicherten Bürger nicht. (dr)

in Sachen Betreuungsschlüssel und Bildungsausgaben laut OECD weit vorn, in der Bildungsqualität nach PISA dagegen eher hinten. Für PISA-Sieger Finnland sieht das Bild genau umgekehrt aus. Fazit: Wenn es um Bildung geht, ist Geld offensichtlich nicht alles. Wer sich nun im Ergebnis der OECD-Studie auf eine oberflächliche Diskussion einlässt, liegt mit ziemlicher Sicherheit daneben. Das betrifft insbesondere die Deutschen Durchschnittszahlen. Hier lohnt sich der Blick in die einzelnen Bundesländer. Abermals ist festzustellen, dass die CDU-regierten Länder weit besser sind, als der

dieser Stelle muss eine ehrliche bildungspolitische Diskussion in Deutschland ansetzen, anstatt aufs neue mit linken Experimenten zu kommen. Davon hatten wir zu Lasten unserer Kinder in den letzten Jahrzehnten wahrlich genug. Was OECD übrigens nicht

Erfolg entscheiden. Und der OECD-Satz „Der Stadt gelingt es bisher nicht, ihren jungen Bewohnern eine Zukunftsvision zu bieten“ sollte ab sofort bei den Herren Wowereit, Sarrazin und Böger eingeraht über dem Schreibtisch hängen.

Wer die Macht der Wörter nicht kennt, kann auch die Menschen nicht kennen. (Konfuzius)